

Bericht zum Luncheon-Roundtable mit Vortrag von Melchior Wathelet, Staatssekretär für Haushalt und Familie in der belgischen Föderalregierung und Vize-Präsident cdH, zum Thema „Belgien nach den Regionalwahlen“

Am 9. Juli 2009 lud das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Luncheon-Roundtable mit Melchior Wathelet, dem Staatssekretär für Haushalt und Familie in der belgischen Föderalregierung und Vize-Präsident der cdH, ein. Hauptthema waren die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Haushalt Belgiens und mögliche Ansätze, um aus dem gegenwärtigen Defizit zu kommen. Einleitend betonte Melchior Wathelet, dass gerade in den aktuellen Zeiten der Belgische Haushalt sehr bedeutend wäre und man die Politik als ein Instrument sehen müsse ein Abkommen zu treffen um aus der Krise zu kommen.

Die Auswirkungen der Krise seien sehr unsicher, welches die äußerst stark schwankenden makroökonomischen Prognosen zeigen. Dennoch identifizierte er zwei der schwersten Folgen der Krise als die steigende Arbeitslosigkeit sowie die stärkere Verschuldung, die in der Zukunft höhere Zinszahlung und deswegen auch weniger Einkommen mit sich führt. Diese Auswirkungen seien in Belgien besonders dramatisch, da die Banken ein Vielfaches des Bruttoinlandsprodukt (BIP) umsetzen und somit einen großen Einfluss auf die Belgische Wirtschaft haben. Alleine vier von zehn Belgiern sind Kunden bei der Bank Fortis. Umso wichtiger sei es gewesen, dass die Regierung eingegriffen hat. Die staatlichen Interventionen hatten natürlich einen negativen Effekt auf den Staatshaushalt, so dass das Defizit Belgiens bei ungefähr 4 Prozent liegen soll. Wesentlicher Grund für dieses große Defizit sei, dass staatlichen Ausgaben steigen würden, während die Einnahme jedoch sinken. Besonders die Kosten, die durch den demographischen Wandel hätten eine besondere Tragweite. Dabei sollen die kollektiven Kosten des Älterwerdens von 23 % des BIP in 2008 auf 26% in 2014 ansteigen. Die Unausgeglichenheit zwischen Ausgaben und Einnahmen wäre wiederum auch in den einzelnen Regionen Belgiens präsent, die nämlich vom Staat auf Basis des BIPs finanziert würden. Da die Entwicklung des BIPs jedoch langsamer als die der Kosten verläuft, entstehen regionale Finanzierungsprobleme.

Anschließend sprach der Staatssekretär über mehrere Lösungskonzepte für das Staatsdefizit. An erster Stelle situierte er das Überwinden der aktuellen Wirtschaftskrise. Daher sei es von äußerster Wichtigkeit, Konsum und Investitionen zu steigern. Um dies zu erreichen, müsse man eine Senkung der Umsatzsteuer einführen. Diese Sorge dafür, dass die Bevölkerung mehr Geld zur Verfügung hätte und somit auch mehr konsumieren und investieren könne, welches die Dauer der Krise verringern würde. Außerdem wäre es von zentraler Bedeutung, das Vertrauen der Bevölkerung zurück zu gewinnen, denn verschlechterte sich das Vertrauen in das System weiterhin, so würde der Weg aus der Krise lang und beschwerlich. Des Weiteren solle man durch Begünstigungen Firmen dazu anregen, Mitarbeiter zu behalten um der ansteigenden Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. In Folge dessen rief Melchior Wathelet für höhere politische Kompromissbereitschaft auf. Er unterstrich, dass man auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene am gleichen Strang ziehen müsse. Nur durch solch ein kollektives Bemühen könnten genügend Kräfte mobilisiert werden, um sich schneller von der Krise zu erholen. Im Anschluss brachte er weitere Lösungsvorschläge für das Staatsdefizit. An erster Stelle müsse man die Einnahmen steigern, welches man durch eine Restrukturierung des Finanzsystems erreicht werden könne. Alleine €30 Milliarden würden jährlich an Steuergeldern versäumt. Durch ein effektiveres Steuersystem und der Erhebung

einer grünen Steuer könne man daher die Staatseinnahmen erhöhen. An zweiter Stelle solle man die Ausgaben senken, die derzeit zu hoch wären. Zum Beispiel würde das Budget für Gesundheit jährlich um 4,5 Prozent steigen. Infolgedessen benötige man eine Restrukturierung der Ausgabemechanismen, sodass diese effizienter arbeiten und Geld sparen. Überdies wäre eine Normierung der Entwicklung der Ausgaben notwendig, die helfen würde, zukünftige Tendenzen besser einzuschätzen. Wichtig wäre es auch die Schulden des Staates zu verringern um zukünftige Zinszahlung zu senken. Gleichzeitig müsse die Kaufkraft der Belgier verstärkt werden. Sorge man für mehr Arbeit, so würden Haushalte nicht nur mehr Einkommen haben sondern Staatsausgaben würden zugleich verringert. Schlussendlich betonte Wathelet, dass man für das Nachhaltigkeitsdreieck von Wirtschaft, Umwelt und Soziales auch einen nachhaltigen Staatshaushalt bräuchte.

In der anschließenden Diskussion wurde Melchior Wathelet auf das Bankenproblem angesprochen. Hier sei es wichtig zu erkennen, dass durch die Kooperation der EU die Auswirkungen der Wirtschaftskrise gemildert wurden. Fortgehend sollte man die Risikobereitschaft im Finanzmarkt sanktionieren. Hierbei sei es zwingend notwendig, dass die EU in einer kooperativen und kohärenten Weise grenzübergreifende Kontrollmechanismen schaffe, die für das internationale Bankensystem geeignet sind. Ferner schlägt Wathelet eine Aufteilung von Investmentbanken und klassischen Banken vor. Hierbei könne die EU ihr Wirtschaftsmodell durchsetzen, indem sie mit genügend Durchsetzungskraft und länderübergreifender Zusammenarbeit agiere.

Philippe Lendeckel